

## Aktuelle Wahlerfolge kleiner Rechtsparteien in der Bundesrepublik<sup>1</sup>

---

Prof. Dr. Eike Hennig, geb. 1943 in Kassel, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und Frankfurt, seit 1981 Professor für Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel.

Manfred Kieserling, geb. 1950 in Hamm, Studium in Göttingen, seit 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel.

Die Wahlerfolge der kleinen Rechtsparteien verweisen seit 1987 auf aktuell manifeste Legitimations- und Integrationsprobleme des repräsentativen politischen Systems (das heißt der Exekutive, des Parlaments und der sogenannten „Altparteien“) sowie auf latent schon länger bestehende rechtsextreme, illiberale, nationalistische und/oder fremdenfeindlich-intolerante Meinungssegmente in der Bundesrepublik, die sich seit 1984 (zuerst in der Europawahl) als Wahlentscheidung neuer oder alter Rechtsparteien auch manifestieren. 1989 verdichtet sich dieser Trend in den Wahlergebnissen von Berlin (29.1.), Frankfurt (12.3.) und der Europawahl (18.6.) Im Zusammenspiel mit anderen längerfristigen Änderungen der Wählerschaft bewirkt diese Entwicklung:

Flächendeckend (allerdings mit deutlichen Schwerpunkten in Bayern, Baden-Württemberg und einzelnen Großstädten) tauchen rechtsorientierte Kleinparteien nahezu aus dem Nichts auf (die „Republikaner“ und die anderen Rechtsparteien überwinden in jedem Bundesland die 5-Prozent-Hürde).

Trotz dramatischer Einbrüche der Unionsparteien erzielen SPD und „Grüne“ letztlich nur unbedeutende Zugewinne. Das normale „Geben und Nehmen“ zwischen Regierung und Opposition scheint außer Kraft gesetzt.

**Tabelle 1: Differenzen zwischen der Bundestagswahl (25. 1. 1987) und der Europawahl (18. 6. 1989) im Bundesgebiet (ohne Berlin-West)**

Wahlbeteiligung	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	DVU/NPD	REP
	Δ Prozent (Bezug: gültige Stimmen in Prozent)					
- 25,98	0,81	- 14,67	1,20	- 38,46	166,67	100
	absolut (in Tausend)					
- 9713	- 3502	- 6103	- 745	- 1865	218	2005

Wenngleich SPD und „Grüne“ in den Großstädten bei der Europawahl stärker gewinnen und bei Verlusten von 7,8 Prozentpunkten für CDU/CSU im

---

<sup>1</sup> Diesem Beitrag unterliegt das überarbeitete Manuskript eines Referats vom 9.5.1989 vor der Bundestagsfraktion der SPD. Herta Däubler-Gmelin und ihrer Mitarbeiterin Kerstin Kiefler sei herzlich für viele Anregungen gedankt.

Durchschnitt das Bundesergebnis um 4,6 beziehungsweise 2,7 Prozentpunkte übertreffen, so gilt die Eingangsfeststellung dennoch auch für Großstädte, wenn die Europa- und die Bundestagswahl verglichen werden. Im Durchschnitt der Entwicklung von 1987 bis 1989 zeigen die Großstädte als sensible Seismographen an, daß eine wachsende Zahl „unzufriedener“ Wähler den Wechsel von den Regierungs- zu den Oppositionsparteien nicht mehr vollziehen, um ihrem „Protest“ Ausdruck zu verleihen.

Tabelle 2: Differenzen ( $\Delta$  Prozent) zwischen der Bundestagswahl 1987 und der Europawahl 1989 im Durchschnitt der 12 größten Städte in der Bundesrepublik

Wahlbeteiligung	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP
- 27,95	- 2,10	- 16,43	2,70	- 33,70

(Vgl. Tabelle 5).

### Die „Republikaner“ Mitte 1989: Flächendeckend wählbar

Die politische Landschaft ist vermutlich dauerhaft in Bewegung geraten und zeigt viele Zeichen einer Umorientierung *mit* einer kleinen Rechtspartei, den „Republikanern“,<sup>2</sup> denen seit März jede Meinungsbefragung Ergebnisse über 5 Prozent zurechnet. Laut Expertise der Adenauer-Stiftung vom Juni 1989 zählt diese im November 1983 gegründete Partei rund 11 000 Mitglieder; ihr Parteivorsitzender Franz Schönhuber selbst gibt im April die Mitgliederzahl mit 14 000 an, während es vor der Berliner Wahl vom 29. Januar nur knapp 9 000 waren (was in 3 Monaten eine Steigerung um 56 Prozent bedeutet). Infratest schätzt auf Grundlage von 8 400 Befragten für den Zeitraum vom Februar bis Juli 1989 den weiteren Sympathisantenkreis der „Republikaner“ auf 11 Prozent, was fast 5 Millionen Wahlberechtigten entspräche. Tatsächlich wählen am 18. Juni 2 Millionen „republikanisch“-national-konservativ und autoritär-fremdenfeindlich, weitere 660 000 Stimmen entfallen auf andere Rechtsparteien. Mit 115 390 Stimmen ist die DVU die nächstgrößte Partei. Insgesamt erhalten alle Rechtsparteien neben der Union am 18. Juni 2,9 Millionen Stimmen beziehungsweise 10 Prozent der gültigen Stimmen.

Die „Republikaner“ überflügeln bundesweit die FDP um 429 000 Wähler und bleiben nur 375 000 Stimmen hinter den „Grünen“. In 10 der 327 Wahlkreise avancieren die „Republikaner“ in der Europawahl zur zweitstärksten Partei (vor der SPD), in 114 Kreisen avancieren sie zur drittstärksten Partei. Nur in 108 Wahlkreisen schneiden sie schlechter als 5 Prozent ab; nur in 144 Wahlkreisen werden sie von der FDP noch überholt.

Vergleicht man die Länderergebnisse untereinander, so fällt auf, daß die Ergebnisse der „Republikaner“ (und der DVU) erheblich mehr streuen und

2 Einen facettenreichen Überblick über die „Republikaner“ liefert das Themenheft: „Die Neue Rechte gibt sich bieder“ der DPG-Zeitschrift: Gewerkschaftliche Praxis 3/89. - Vgl. ferner Claus Leggewie, Die Republikaner, Berlin 1989; Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber, Frankfurt 1989; Kurt Hirsch/Wolfgang Metz, Die Republikaner, München 1989; Die REP, CDU-Dokumentation 17/1989; Die Republikaner, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung (Interne Studien 13/1989), St. Augustin: 20. 6.1989.

ungleichmäßiger verteilt sind als die der anderen Parteien.<sup>3</sup> Dennoch darf die Schwankung zwischen „Republikaner“-Anteilen von minimal 1,8 Prozent im Kreis Borken im Münsterland und maximal 22,1 Prozent im Wahlkreis Rosenheim nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Abstimmungsergebnisse - ohne Organisation und Wahlveranstaltungen - ausreichen, um fast überall die 5-Prozent-Klausel zu überwinden. Auch ohne Bayern und/oder Baden-Württemberg erzielen die „Republikaner“ bei der Europawahl 5,1 beziehungsweise 5,5 Prozent der gültigen Stimmen.

**Tabelle 3: Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 (BT 87) und der Europawahl 1989 (E 89) im Bundesgebiet und in den Ländern**

	Wahl	Wahlbeteiligung	SPD	CDU/ CSU	Grüne	FDP	REP	DVU/NPD (BT 87)
(in Prozent der gültigen Stimmen)								
Bundesgebiet (ohne Berlin-W.)	E 89	62,9	37,3	37,8	8,4	5,6	7,1	1,6
	BT 87	84,3	37,0	44,3	8,3	9,1	–	0,6
Schleswig- Holstein	E 89	58,5	44,4	36,4	6,7	5,3	4,6	1,3
	BT 87	84,4	39,8	41,9	8,0	9,4	–	0,5
Hamburg	E 89	56,6	41,9	31,5	11,5	6,2	6,0	1,5
	BT 87	83,0	41,2	37,4	11,0	9,2	–	0,4
Niedersachsen	E 89	63,3	42,0	35,9	8,4	5,8	4,8	1,6
	BT 87	85,0	41,4	41,5	7,4	8,8	–	0,5
Bremen	E 89	58,7	46,4	23,3	13,8	7,0	4,4	3,2
	BT 87	82,7	46,5	28,9	14,5	8,8	–	0,5
Nordrhein- Westfalen	E 89	62,4	43,6	35,2	7,9	5,7	4,1	1,3
	BT 87	85,4	43,2	40,1	7,5	8,4	–	0,4
Hessen	E 89	60,2	40,5	33,2	9,9	5,5	6,5	2,3
	BT 87	85,7	38,7	41,3	9,4	9,1	–	0,8
Rheinland- Pfalz	E 89	78,0	40,2	38,8	7,3	5,7	4,6	1,5
	BT 87	86,7	37,1	45,1	7,5	9,1	–	0,7
Baden- Württemberg	E 89	58,4	29,1	39,3	10,0	7,2	8,7	2,4
	BT 87	83,1	29,3	46,7	10,0	12,0	–	1,0
Bayern	E 89	61,1	24,2	45,4	7,8	4,0	14,6	1,0
	BT 87	81,7	27,0	55,1	7,7	8,1	–	0,6
Saarland	E 89	78,8	45,3	34,5	6,2	4,8	5,8	1,3
	BT 87	87,3	43,5	41,2	7,1	6,9	–	0,8

#### Rahmenbedingungen der „Republikaner“-Erfolge

Jede isolierende Analyse und Interpretation von Wählern und Organisation der „Republikaner“ bedeutet eine unvermeidbare Themenverkürzung. Die „Republikaner“ sind nur im Kontext als Reaktion auf das politische System der Bundesrepublik unter der Ägide der liberalkonservativen Koalition und der Unionsparteien zu verstehen. Selbstverständlich muß auch ein „Versagen“ der Oppositionsparteien SPD und „Grüne“, das heißt eine mangelnde

<sup>3</sup> Zwischen den Bundesländern beträgt der Variationskoeffizient ( $s/x$ ), bezogen auf die gültigen Stimmen (in %) bei der Europawahl 1989 für die „Republikaner“ 0,45 gegenüber 0,2 als Durchschnitt für die SPD, CDU/CSU, „Grüne“ und FDP; der DVU-Wert liegt bei 0,43. Die Standardabweichung ( $s$ ) lautet: Wahlbeteiligung = 8,05, SPD = 7,28, CDU/CSU = 5,73, REP = 3,19, „Grüne“ = 2,36, FDP = 0,95, DVU = 0,68.

Ausstrahlung ihres Personals, politischen Stils und ihrer Orientierung/Programme in die Analyse eingeschlossen werden. Mindestens fünf Themenfelder lassen sich benennen, worauf die Analyse der „Republikaner“ einzugehen hat beziehungsweise als *eine* derer „Resultanten“ die „Republikaner“ erscheinen:

- Seit Mitte der siebziger Jahre ändert sich inhaltlich und formal das *Repertoire politischer Ausdrucksmittel*: Unkonventionelle Politikformen, partizipative Vorstellungen und zunächst postmaterialistische Themen (wie: „Frieden“, „Umwelt“, „Kultur“) breiten sich aus und führen gleichzeitig zur Distanz gegenüber einer apparativ-veranstalteten Politik, zur „Emanzipation“ eigener Perspektiven gegenüber den sich im Zielgruppenspagat abnutzenden „Allerweltparteien“ (O. Kirchheimer) und zum Rückzug aus Großorganisationen.
- In gleichem Maße verliert die Mitte an integrativer Kraft. Immer stärker wächst die *Bereitschaft, sich „rechts“ oder „links“ einzugruppieren*.<sup>4</sup>
- Seit Anfang der achtziger Jahre lassen sich *Änderungen im rechten Spektrum* der Bundesrepublik beobachten: die Subkulturelle Hegemonie geht vom (jugendgeprägten) Neonazismus zum organisierten Rechtsextremismus über, der sich in eine nach „rechts“ öffnende politische Kultur einpaßt.<sup>5</sup> Die Aktivität verlagert sich von „Militanz“ zur „Agitation“; betont verfassungskonform vorgestellte rechte Meinungen treten eher zutage und manifestieren sich bereitwilliger in Wahlen.
- Innerhalb des *Parteiensystems* verändert sich wegen abnehmender Parteiidentifikation und zunehmender Parteiverdrossenheit insbesondere die Stellung und Attraktivität der „Volksparteien“, deren zielgruppenüberschreitende Integrationskraft abnimmt.
- Bezogen auf die *Parteienorganisation* zeigt sich (verbunden mit delegitimierenden politischen Skandalen) die *Entfremdung der „politischen Klasse“* von den Lebenswelten, Interessen und Bedürfnissen ihrer Wählergruppen zunehmend deutlicher; wiederum betrifft dies insbesondere die übergreifend orientierten „Volksparteien“.
- Seit 1986 nimmt das *Vertrauen in das Parlament* ebenso ab wie dasjenige in die *Fähigkeiten der Abgeordneten*. 1988 assoziieren 40 Prozent mit den Bundestagsabgeordneten Begriffe wie Diäten, Großverdiener, Schmarotzer, Selbstbedienung.

Diese Themenkomplexe bezeichnen Wandlungsprozesse, die sich keineswegs auf die „Wechselwähler“ in den „neuen Mittelschichten“ beschränken. Diese Änderungen sind vielmehr so verbreitet, daß sie in besonderer Form auf die „Stammwähler“ und „traditionellen Milieus“ der Großparteien ausstrahlen; selbst diese sind heute nicht mehr nur eine fixe Bilanzgrundlage für die Wahlergebnisse der („Volks“)Parteien.

<sup>4</sup> Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke, Die Mitte schrumpft, die Extreme festigten sich, in: FAZ Nr. 70 v. 23.3.1989, S. 14/15.

<sup>5</sup> Dies zeigt sich im „Historikerstreit“: Elke Hennig, Zum Historikerstreit, Frankfurt 1988; ders., „Versöhnungsgesellschaft“. Sozialvisionen des Neokonservatismus, in: Wieland Eschenhagen (Hrsg.), Die neue deutsche Ideologie, Darmstadt 1988, S. 163 ff.

Somit müssen die Erfolge der rechten Kleinparteien im Ensemble einer kritischen Bestandsaufnahme der Leistungsfähigkeit und des Ertrags des politischen Systems diskutiert werden: Warum manifestiert sich die einst vorherrschende Latenz rechter Positionen und Begriffe heute verstärkt in Form manifester Wahlentscheidungen für bisher tabuisierte Parteien und Richtungen? Welche Defizite des Parteiensystems - also auch der SPD - und der demokratischen politischen Kultur - also auch der Gewerkschaften - werden in dieser Form sichtbar?

Nicht der Bestand rechter Meinungen ist verwunderlich, sie sind an sich eine „normale Pathologie“ (Scheuch) kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsbedingungen ebenso wie der analogen Bildungs- und Differenzierungsdefizite. Klärungsbedürftig ist, warum die bislang im Parteienspektrum eingebundenen oder sich der Wahl enthaltenden Meinungen jetzt für sich eine praktische Gestalt annehmen in Form der freien und geheimen Wahl<sup>6</sup> von NPD beziehungsweise DVU und insbesondere der unbelasteteren „Republikaner“.

Die genannten Wandlungen des Wahlverhaltens, Parteiensystems und der Politikwahrnehmung unterliegen 10 bis 15 Jahre dauernden Entwicklungen, die sich ab 1984 zur Reformierung rechter Kleinparteien und 1989 zu deren Durchbruch verdichten. Ausschlaggebend ist die „Modernisierung“ des auf strikte Akzeptanz<sup>7</sup> bedachten „Extremismus der Mitte“ (Lipset); seit 1981 verlieren neonazistische Gruppen an Bedeutung. Die neue rechte Wahlbewegung knüpft kritisch an die versprochene „geistig-moralische Wende“ und an die geschichtspolitischen Themen des (Neo)Konservatismus und der „neuen Rechten“ an. In Verbindungen mit neuen Themen aus dem Umweltbereich profitieren sie auch vom statischen Attentismus der SPD, die zu sehr wartet, daß ihr Schwächen von Union und Regierung als Früchte in den Schoß fallen.

Die Rechtswende vollzieht sich im Heute. Als eine „post-postmaterialistische“ Gegen Tendenz zu Emanzipationsbestrebungen und gegen die entstrukturierende Auflösung von Autorität und Sicherheit greift die rechte Reduktion bedrohlich empfundener Komplexität heute auch Formen und Themen des unkonventionellen Protests auf, um dem Staat wieder das zu vermitteln, was rechtens des Staates sein sollte: autoritäre Ordnung, Orientierung, Schutz für die nationale Volksgemeinschaft angesichts einer internationalen Welt voller Feinde. Gleichzeitig sollen in diesem restabilisierten Rahmen eine freizeitorientierte Individualisierung und ein teilweise „hedonistischer“ Lebens- wie Konsumstil erhalten bleiben.

---

6 Dazu Eike Hennig/Manfred Kieserling, Eine Stadt - viele Welten?, ersch. demnächst in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989.

7 So definieren sich die „Republikaner“ in ihrer Satzung vom Mai 1987 (§ 1) als „ein politischer Zusammenschluß von Deutschen im Sinn des Art. 21GG“ und bekennen sich „zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“. - „Mitglied der Partei Die Republikaner kann nicht werden oder sein, wer einer verfassungswidrigen Organisation oder einer links- oder rechtsextremistischen Gruppe angehört oder sie unterstützt“.

Gegenüber dem neonazistischen Rigorismus „politischer Soldaten“<sup>8</sup> verbindet dieser wählbar gewordene Rechtsextremismus autoritär-politische und narzißtisch-personale Motive, ebenso wie er Aspekte der Selbst- und Fremdbestimmung in seinem „policy mix“ (Politikmischung) aufgreift und sich solcherart vom historischen Faschismus und vom traditionellen Rechtsextremismus unterscheidet.

SPD und „Grüne“ reagieren auf diese rechtspopulistischen Wandlungsprozesse vorrangig abstrakt-antithetisch und politisch-symbolisch. Vor Ort, dort wo sich entsprechende Umorientierungen im Wahlverhalten ereignen, sind diese Parteien, besonders die „Grünen“, kaum mehr präsent. Auch die SPD erscheint diesen Wählern als entfremdet (insbesondere handelt es sich bei den Wählern um Männer im Alter von 18 bis 24 und von 40 bis 49 Jahren mit einem Schulabschluß bis zur mittleren Reife, Facharbeiter, Arbeitslose, Landwirte, Rentner und über 60jährige, die in ländlichen Gebieten oder in Großsiedlungen und einfachen Nachkriegsbauten in Großstadtperipherien wohnen).<sup>9</sup>

SPD und „Grüne“ (J. Fischer) kümmern sich zum Beispiel bei der Kommunalwahl in Frankfurt vorrangig um die tonangebenden Mittelschichten im urbanen Zentrum mit tertiarisierter Industrie; die Dialektik der (kapitalistischen) Modernisierung<sup>10</sup> und demzufolge auch die Segmentierung der Städte und Regionen mit den „Modernisierungsverlierern“ und ihrer relativen Deprivation<sup>11</sup> wird demgegenüber vernachlässigt.

#### 1989: Der Durchbruch der „Republikaner“

Die verschiedenen politischen, ökonomischen und wahlsoziologischen Trends verdichten sich seit 1984 beziehungsweise 1987 zur Reformierung von Kleinparteien am rechten Rand, denen vor allem die offenkundig gewordenen Bindungsverluste der Unionsparteien beziehungsweise der Kompetenzverlust der CDU/CSU-FDP-Regierung zugute kommen und die das von den Oppositionsparteien SPD und den „Grünen“ nicht eingelöste Perspektiv- und Orientierungsbedürfnis nicht unbehaust hegen lassen. Die rechte Aktivierung dieser Unzufriedenheitspotentiale und Vertrauensdefizite wird dadurch begünstigt, daß diese Meinungen - dort, wo die „Grünen“ nicht als Ausdruck

8 Vgl. Eike Hennig, F. Sch. (1957-1980), ein „politischer Soldat“, in: Werner Graf (Hrsg.), „Wenn ich die Regierung wäre ...“, Berlin/Bonn 1984, S. 54 ff.

9 Zusammenfassend vgl. Dieter Roth, Die Entwicklung am rechten Parteienrand, in: Gewerkschaftliche Praxis 3/89, hier S. 8-10; Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl, Mannheim 1989, bes. S. 16 ff., 48 f., 54 ff.; dies., Blitz-Umfrage vor der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt 1989, Mannheim 1989; infas-Wahlberichterstattung, Materialzusammenstellung o. J. (1989).

10 Diese Dialektik vernachlässigt z.B. Peter Glotz, Modernisierung als Schlüsselbegriff der Linken, in: Republikanische Notizen 9/89, S. 11 ff.

11 „Relative Deprivation“ bedeutet: Zwischen Werteerwartung und -realisierung, d. h. zwischen normativen Ansprüchen und erreichter (oder auch als erreichbar gedachten) Faktizität (z. B. von Chancengleichheit und Statusdifferenz) wird kollektiv eine Diskrepanz zuungunsten der Realität wahrgenommen. Diese Art der Wahrnehmung gesellschaftlicher Reichtums- und Chancenverteilung kann auch in objektiv reichen, aber ungleichen Gesellschaften zu Protestpotential führen, wenn sich Gruppen gegenüber anderen „relativ“ benachteiligt fühlen. Eine qualitative politisch-psychologische Untersuchung von 35 „Republikaner“-Wählern durch SINUS betont als deren grundlegende Motive: zerstörtes Vertrauen in Partei und Politiker plus verletzte Gerechtigkeitsansprüche.

für eine Opposition gegenüber dem Parteiensystem akzeptiert werden - auf Muster eines latenten Meinungsklimas und einer traditionellen rechten Parteien-, Parlamentarismus- und Politikkritik zurückgreifen. Auch sind die Unionsparteien niemals durchgängig so modernisiert worden,<sup>12</sup> daß nicht Teile ihrer Mitglieder und Wähler ebenfalls an diesen Stimmungen teilhaben und so deren Manifestation begünstigen. Die Union ist bemüht, wirtschaftsliberale, christlich-soziale, religiös-konservative („ultramontane“) und national-konservative Wähler- und Mitgliedersegmente zu verbinden, was ihr als Regierungspartei und angesichts obwaltender Desintegrationstendenzen zunehmend schwerer fällt.

In der für Parteienwechsel und Abstimmungsexperimente besonders günstigen Zeit zwischen zwei Bundestagswahlen<sup>13</sup> (die in der Regel die Opposition besonders begünstigt<sup>14</sup>) konkretisiert sich dieser Unmut. Das Meinungsklima polarisiert sich und entwickelt mit dem „Ausländerthema“ ein spezifisches Thema der Rechten. Im Berliner Wahlkampf verzichten CDU und SPD auf jegliches „agenda setting“ (Besetzen von Themen), so daß es nach Weihnachten im Verbund mit öffentlichen Kontroversen über den Fernsehspot der „Republikaner“ und über deren Wahlkampf<sup>15</sup> zur Kristallisation der Meinungen um die von den „Republikanern“ besetzten Themen Wohnungspolitik und Ausländerstop kommt.

Nachdem die Wahl zum Bernner Abgeordnetenhaus gezeigt hat, daß rechte Positionen die 5-Prozent-Hürde überspringen können, stabilisiert sich diese Ausdrucksform des Protests am politischen (weniger am verfassungsrechtlichen) System in den hessischen Kommunalwahlen (12. März 1989) und in der Wahl zum Europaparlament sowie in den Kommunalwahlen im Saarland und Rheinland-Pfalz (18. Juni 1989). Mit den „Republikanern“ setzt sich diejenige Rechtspartei durch (im Binnenkonflikt mit NPD/DVU), die am wenigsten historisch belastet ist, schwieriger extremistisch einzuordnen ist und somit am publikumswirksamsten zwischen den Polen „Nationalkonservatismus“ und „Rechtsradikalismus“ pendeln kann. Die „Republikaner“ können sich so als rechtes Gegenstück zu den „Grünen“ präsentieren und auch im Parteiensystem der Bundesrepublik verorten.

Anfang 1989 etabliert sich ein eigenes rechtes Meinungsklima mit entsprechender Thematisierung und Anbindung an die rechten Kleinparteien. Bereits mit der hessischen Kommunalwahl beginnt die Durchsetzung der „Republikaner“, die überall, wo sie in Konkurrenz mit der NPD antreten, besser abschneiden. (Frankfurt zeigt allerdings, daß diese Stimmung auch vor

12 Dazu Karl-Heinz Klär, Leiter der Planungsabteilung beim SPD-Vorstand, in: Tilman Evers (Hrsg.), *Konservative Zukunftsentwürfe* (Hofgeismarer Protokolle Bd. 250), Hofgeismar 1988, S. 121.

13 Vgl. Reiner H. Dinkel, *Landtagswahlen unter dem Einfluß der Bundespolitik*, in: Jürgen W. Falter u. a. (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt u. a. 1989, S. 253 ff.

14 Zur „Dialektik der Machtebenen“ vgl. Konrad Schacht, *Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum*, Opladen 1986, bes. S. 127 ff.

15 Vgl. Leggewie, *Republikaner* (Anm. 2), S. 11 ff.; Forschungsgruppe Wahlen, *Wahl in Berlin*, Mannheim 1989, S. 13 f., 41 ff., 55 ff.

**Tabelle 4: Wichtigste Themen für die Wähler in Berlin und Frankfurt im Januar und März 1989<sup>16</sup>**

	Wahl	Wahlabsicht:					
		Gesamt	CDU	SPD	Grüne/AL	FDP	REP/NPD
Arbeitslosigkeit	Berlin	17,3	16,7	22,6	8,7	34,6	5,0
	Ffm	2,1	1,6	2,7	0,0	0,0	0,0
Umweltschutz	Berlin	7,1	6,2	5,5	20,0	5,4	0,0
	Ffm	3,2	2,8	3,1	5,1	0,0	5,4
Wirtschaft ankurbeln	Berlin	1,4	3,2	1,2	0,0	4,8	0,0
	Ffm	1,1	1,7	0,4	1,6	0,0	0,0
Aussiedler, Asylanten	Berlin	12,9	12,3	9,7	12,7	4,6	59,3
	Ffm	19,3	26,7	12,0	11,9	5,1	63,5
Mieten, Wohnungsmarkt	Berlin	22,2	16,4	25,1	23,1	2,2	27,5
	Ffm	34,7	19,0	44,1	56,3	51,9	19,6
Entspannung	Berlin	7,3	10,4	9,1	3,0	6,1	0,0
Innere Sicherheit	Ffm	4,2	6,8	2,5	1,1	0,0	0,0
Gesundheitsreform	Berlin	2,1	0,9	4,3	1,8	0,0	2,6
	Ffm	0,8	0,4	0,9	0,0	0,0	0,0
Renten und Alte	Berlin	1,8	1,3	1,9	0,8	0,0	0,0
	Ffm	0,2	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0

der Wahl der NPD, einer klar rechtsextrem beleumdeten Partei, nicht mehr zurückschreckt.)

Klärungsbedürftig ist nun noch, warum diese Wahlentscheidungen gerade in als weltläufig bezeichneten Großstädten getroffen werden. Dies ist kein Zufall, weil sich dort - als Folge einer neokonservativen Stadtpolitik - Reichtumsregionen und „abgehängte“ Teile der Peripherie besonders deutlich unterscheiden, so daß die rechten Themen besonders bestimmend werden. Gerade in einzelnen Städten (zum Beispiel im Zentrum der „Tertiärisierung“) verbinden sich Themen und Motive der Wahlentscheidung für eine rechte Kleinpartei mit sozial- und infrastrukturellen Ungleichheiten, so daß dem Wahrnehmungsmuster relativer Deprivation (vgl. Anm. 11) besonders deutlich entsprochen wird.

Bei allen Schwankungen in und zwischen den Städten tritt dies nach den Januar- und März-Wahlen von Berlin und Frankfurt auch in der Europawahl zutage. Im Durchschnitt der größten Städte schneiden die „Republikaner“ mit Prozent leicht überdurchschnittlich ab. Auffällig aber sind die großen Schwankungen zwischen den Städten (wie Dortmund und Nürnberg) und innerhalb der Städte zwischen den Stadtteilen (zum Beispiel in Frankfurt von Prozent in Harheim bis 9,3 Prozent in Sindlingen oder in Hamburg von 2,9 Prozent beziehungsweise 3 Prozent in Groß Flottbek beziehungsweise Blankenese bis 13,5 Prozent in Steinwerder).

<sup>16</sup> Wahl in Berlin (Anm. 15), S. 41; Blitz-Umfragen (Anm. 9) Berlin: S. 103, Frankfurt: S. 78; in den Umfragen werden mit niedrigem Gewicht noch weitere Themen genannt. Zur Europawahl vgl. Europawahl (Anm. 9), S. 11 ff.

Diese Schwankungsbreiten - vergleichbar denen zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen (4,1 Prozent) und Bayern (14,6 Prozent) oder den Wahlkreisen mit ihrer Spannweite von 20,3 Prozentpunkten bei der Europawahl - führen dazu, daß die Erklärungskraft sozialstruktureller Variablen umstritten ist und entweder relativiert, bejaht oder zurückgewiesen wird.<sup>17</sup>

**Tabelle 5: Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 und der Europawahl 1989 in den 12 größten Städten der Bundesrepublik<sup>18</sup>**

	Wahl	Wahlbeteiligung	SPD	CDU/CSU (in Prozent der gültigen Stimmen)	Grüne	FDP	REP
Hamburg	E 89	56,6	41,9	31,5	11,5	6,2	6,0
	BT 87	83,0	41,2	37,4	11,0	9,2	-
München	E 89	60,2	28,2	32,9	13,6	6,7	15,0
	BT 87	79,1	30,8	42,1	13,5	11,6	-
Frankfurt	E 89	57,0	35,6	33,5	14,0	5,4	6,9
	BT 87	80,8	34,4	40,9	13,9	9,1	-
Dortmund	E 89	62,9	55,0	25,1	8,5	3,9	4,6
	BT 87	84,9	55,2	30,4	8,0	5,5	-
Stuttgart	E 89	61,9	31,2	32,3	12,7	10,3	9,2
	BT 87	82,2	31,9	37,4	12,7	16,0	-
Bremen	E 89	59,7	45,7	23,4	14,6	7,3	4,4
	BT 87	83,6	45,9	28,9	14,8	9,1	-
Hannover	E 89	63,5	52,2	29,6	11,9	6,7	6,4
	BT 87	82,9	43,4	35,9	10,6	9,3	-
Nürnberg	E 89	60,1	32,0	32,5	9,5	4,4	17,6
	BT 87	80,3	35,6	43,0	10,3	8,1	-

#### Sozialstruktur und Profilierung der „Republikaner“-Wähler

Begreift man die Wahlentscheidung für die Rechtsparteien als „brisantes Gemisch aus sozialen Ängsten und nationalen Gefühlen“ (infas) - und das ist eine besondere Ausdrucksform relativer Deprivation -, so sind vorhandene sozialstrukturelle Kategorien (der Rentenversicherung, Volkszählung 1987 oder auch üblicher Statistiken der Meinungsforschung) unzureichend. Beispielsweise sind die Bezüge der „Republikaner“-Hochburgen in Bayern (27 Kreise mit REP-Anteilen > 16 Prozent) oder in Baden-Württemberg (14 Kreise mit REP-Anteilen > 10 Prozent) zu den Kategorien „Arbeiter“ und „Angestellte“ nicht aussagekräftig und „erklären“ noch nicht einmal 1 Prozent des statistischen Zusammenhangs. Diese Korrelationen<sup>19</sup> in den „Hochburgen“ lauten:

<sup>17</sup> Relativierend äußert sich z. B. infas (FR Nr. 139 v. 20. 6. 1989, S. 4), positiv Peter Glotz („Die Entscheidung der Wähler für die REPs ist sozialer Natur“, taz v. 21. 6. 1989, S. 4), negativ Richard Stöss, für den mit „sozialstrukturellen Kriterien... so gut wie nichts zu erklären“ ist (taz v. 22. 6. 1989, S. 4).

<sup>18</sup> Bezogen auf diese Städte korrelieren (vgl. Anm. 19) die Wähler der „Republikaner“ mit denen der SPD negativ ( $r = -0,7382$ ), positiv aber mit der CDU ( $r = -0,4693$ ). Werden die Veränderungen zwischen Bundestags- und Europawahl bei SPD und CDU berücksichtigt, dann lauten die Koeffizienten  $r(\text{REP}/\text{SPD}) = -0,7121$  und  $r(\text{REP}/\text{CDU}) = -0,9807$ . D. h.: wo SPD und CDU von 1987 auf 1989 Verluste erleiden, erzielen die „Republikaner“ 1989 gute Ergebnisse.

<sup>19</sup> Der Pearson'sche Korrelationskoeffizient  $r$  mißt den durchschnittlichen Zusammenhang zweier Variablen im Bereich von -1 bis +1. (1) bezeichnet die Identität bzw. die 100 prozentige Entsprechung der Merkmalsausprägung der beiden Variablen. 0 steht für die völlige Beziehungslosigkeit der Variablen; je mehr  $r$  ver-

r (REP/Arbeiter)	BW = .0279	R = .0008
	Bayern = -.0690	R = .0048
r (REP/Angestellte)	BW = .0804	R = .0065
	Bayern = .0690	R = .0048

Auf Bundesebene - bezogen auf alle Wahlkreise - ermöglichen solche Sozialstrukturvariablen dennoch eine grobe Zuordnung und Profilierung der Parteien. Die „Republikaner“-Ergebnisse zum Beispiel sind im Durchschnitt dort hoch, wo die SPD schlecht abschneidet; sie entwickeln sich-wenngleich nicht sehr ausgeprägt - parallel zum Anteil der Selbständigen, Katholiken und der CDU und im Gegensatz zu den Quoten der Angestellten, Beamten und FDP. Über den Zusammenhang der „Republikaner“-Wähler zu den Arbeitern, Ausländern und „Grünen“ in den Wahlkreisen kann (bei einer Fehlerquote von 5 Prozent) keine statistisch gesicherte Aussage gemacht werden. Im Vergleich mit anderen Parteien ähnelt das Profil der „Republikaner“ dem der CDU (mit Ausnahme des Ausländeranteils). Bezüglich der Zusammenhänge mit Angestellten, Selbständigen, Katholiken und CDU weichen „Republikaner“- und SPD-Stimmenanteile voneinander ab. Auch von FDP und „Grünen“ unterscheiden sich die „Republikaner“, so daß sich ein besonderes sozialstrukturelles Profil abzeichnet, das in seiner Tendenz am ehesten den CDU-Schwerpunkten ähnelt.

Diese Nähen und Grenzen bestimmen auch die wechselseitige Beeinflussung der Parteien: In Berlin sollen 60 Prozent der Wähler der „Republikaner“ von der CDU, 15 Prozent von der SPD, 15 Prozent von anderen Rechtsparteien kommen, 10 Prozent sind Erst- und vormalige Nichtwähler.<sup>20</sup> In ihrer Rück Erinnerung haben 50,3 Prozent 1985 die CDU gewählt, 6,1 Prozent wählten 1985 die SPD, 2,5 Prozent die FDP, 2,6 Prozent die SEW, 17,6 Prozent waren 1985 noch nicht wahlberechtigt und 14,7 Prozent haben nicht gewählt.<sup>21</sup>

Bei der Kommunalwahl in Frankfurt wachsen die NPD-Stimmenanteile um 1 Prozent, wenn die SPD 1,1 Prozent zulegt; wo die NPD um 1 Prozent zunimmt, verliert die CDU 0,7 Prozent<sup>22</sup> - so die Ergebnisse linearer Regressionen. Von

---

schieden von 0 ist, desto dichter fällt die Beziehung der Variablen aus. Ein positives Vorzeichen gibt eine gleichgerichtete, ein negatives eine gegenläufige Entwicklung wieder - z. B.: Die Korrelation  $r(\text{REP}/\text{Arb.}) - .690$  bezeichnet den geringen Zusammenhang zwischen hohen Arbeiter- und niedrigeren REP-Anteilen oder hohen REP- und niedrigen Arbeiter-Werten. Ein quadriertes  $R (= r \times r)$  gibt an, wie stark sich beide Variablen statistisch gegenseitig bedingen und wechselseitig „erklären“.  $R \times 100$  kann als Prozentwert gelesen werden, so daß .0048 für 0,48 % steht und andeutet, daß die Ausprägungen der einen Variablen kaum mit eindeutig beschreibbaren Änderungen der anderen Größe zusammenfallen. Im Fall der Korrelationsanalyse sind beide Variablen gleichberechtigt, während die Regression (Anm., 22) zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen unterscheidet und von den unabhängig gesetzten auf eine abhängige schließt. Zur ersten praktischen Information vgl. Ferdinand F. Müller/Manfred G. Schmidt, Empirische Politikwissenschaft, Stuttgart u. a. 1979, S. 93 ff.

20 Wahl in Berlin (Anm. 15), S. 36.

21 Blitz-Umfrage Berlin (Anm. 9), S. 17.

22 Diese durchschnittlichen Beziehungen ergeben sich aus den Regressionsgleichungen (vgl. Anm. 19) für die Kommunal (KW)- bzw. Europawahlergebnisse (EW) in Frankfurt (% WB = in Prozent der Wahlberechtigten):

KW: SPD %WB = 21,6 + 1,1 NPD %WB	EW: SPD %WB = 22,9 + 1,3 REP %WB
CDU %WB = 27,1 - 0,7 NPD %WB	CDU %WB = 21,8 + 0,6 REP %WB
	NPD %WB = 2,0 + 0,8 REP %WB.

den Wählern, die 1989 die NPD wählen wollen, erinnern sich 58,4 Prozent 1985 die CDU gewählt zu haben, 15,7 Prozent wählten 1985 die SPD, 18,8 Prozent die „Grünen“, 5,4 Prozent waren nicht wahlberechtigt, 1,8 Prozent haben nicht gewählt.<sup>23</sup>

Die sozialräumliche Verteilung der rechten Stimmen bei den Wahlen in Berlin und Frankfurt legt den Schluß nahe, daß es sich beim Großteil der von der CDU zu den Rechtsparteien übergewechselten Wählern nicht „eigentlich“ um CDU-Stammwähler handelt. Es ist zu vermuten, daß sie Ende der siebziger Anfang der achtziger Jahre von der SPD zur CDU gekommen sind. Jetzt aber finden sie nicht mehr den Weg zurück zur SPD, von der sich die Anhänger der Rechtsparteien eben auch nicht die „erforderliche grundsätzliche Änderung“ versprechen.

In der Europawahl schließlich kommen 40 Prozent der „Republikaner“-Stimmen von der CDU, 20 Prozent von der SPD, 30 Prozent sind Erst- beziehungsweise vormalige Nichtwähler.<sup>24</sup>

So schälen sich Konturen heraus, die größenordnungsmäßig deutlich von den „Republikaner“ zu den Unionsparteien und den Nicht-Verstwählern verweisen. Vormalige SPD-Wähler spielen demgegenüber die Rolle einer starken Minderheit. Das Verhältnis der von den Unionsparteien und von der SPD zu den Rechtsparteien, vornehmlich den „Republikanern“ „übergewechselten“ Wähler beläuft sich zwischen 2:1 und 4:1.

#### Erforderlich:

#### eine politisch-kulturell und psychologisch fundierte Sozialstrukturanalyse

Die globale Absage an „die“ Sozialstrukturanalyse der „Republikaner“-Wahlerfolge ist unberechtigt, benötigt aber werden (um die schwierige Arbeit der Klassenanalyse aufzunehmen) mikroanalytische Vertiefungen der Kategorien, die - bezüglich etwa der „Arbeiter“ - Aufschluß geben über die Betriebsgröße, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad, das Qualifikationsniveau, bisherige betriebliche Krisenerfahrungen, die Zuordnung zu „neuen“ oder „alten“ Technologien, die Bedeutung des Betriebes vor Ort beziehungsweise in der Region. Die sozialstrukturellen Kategorien der politischen Ökonomie sind für Dimensionen der politischen Kultur und Psychologie zu öffnen, um ihre spezifische Ausprägung als Wert- und Kommunikationsstruktur in einem besonderen politischen wie sozialmoralischen Milieu erfassen zu können.

Erst wenn derart die Kategorien vertieft und konkretisiert werden, läßt sich untersuchen, ob der breiten Streuung der Zusammenhänge von „Republikaner“-Stimmen zum Beispiel mit Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil, Wohnungsmarkt und Berufskategorien nicht doch vergleichbare Muster unterliegen. Bislang ist nur die in einzelnen Teilgruppen und Regionen unterschied-

---

<sup>23</sup> Blitz-Umfrage Frankfurt (Anm. 9), S. 9.

<sup>24</sup> Europawahl (Anm. 9), S. 43; Roth, Entwicklung am rechten Parteirand (Anm. 9), S. 10.

lich ausgeprägte Grundstruktur der „Republikaner“-Wahl zu erschließen: „Den“ Wählertypen der „Republikaner“ scheint gemeinsam zu sein, daß ausgeprägte soziokulturelle Fremdenfeindlichkeit, verletzte Gerechtigkeitsempfindungen und ein zerstörtes Vertrauen in das Parteiensystem vorherrschen.<sup>25</sup> Die Gefährdung der sozialen Umwelt wird auf Asylanten, Ausländer, Aus- und Umsiedler sowie die unfähigen „Altparteien“ projiziert und mit dem Verlangen nach dezisionistischer staatsbezogener Politik verbunden.

#### Motivation der Rechtswähler

Die entsprechende magische Suche nach Gemeinschaften von gestern, die heute wieder ins Leben gerufen werden müssen, dreht sich um den gerechten und starken Staat für das geeinte Volk. Fremde erscheinen als Schmarotzer, Störenfriede, ungerechtfertigt bevorzugte Nutznießer deutscher Arbeit und letztlich als Zersetzer der Volksgemeinschaft.

Politiker, die solche Fremdlinge bevorzugen, sind Volksverräter. In diesem Sinne sind Ausländer-, Asylanten- und Aussiedlerkritik (wie beispielsweise die Begrenzungs- und Rückführungsförderung) gerade nicht Ausdruck einer Ein-Punkt-Forderung, sondern das symbolisch verdichtete Zeichen eines gesamtgesellschaftlichen Deutungsmusters. Die Überfremdungskritiker werfen sich verzweifelt-heroisch in die Bresche, angesichts einer „anrollenden Lawine der mißbräuchlichen Bewerber um Asyl“ (so Helmut Riepl, Oberlandesanwalt beim zentralen bayerischen „Asylgericht“, in der FAZ vom 10. April 1989) beziehungsweise angesichts des „Ansturm[s] der Dritten Welt“ auf die „Festung Europa“, so Peter Dehoust, Schriftleiter der NPD/DVU-nahen Monatsschrift „Nation Europa“ im April 1989).

Hinter der Fremdenangst und -ablehnung schimmert das Bedürfnis nach Aneignung und Kontrolle der Bezugsumwelt durch. Rhetorisch fragt zum Beispiel die DVU in einer Wurfsendung: „Wird Deutschland türkisch?“, um dann die Parole auszugeben: „Erst Deutschland - dann Europa!“ Ähnlich fordern die „Republikaner“: „Deutschland zuerst!“ Dahinter steht ein doppeltes Bemühen: anonyme Strukturen zu verdinglichen, um auf die Sichtbarkeit der Ungleichverteilungen und Chancendisparitäten ebenfalls durch die Sichtbarmachung von Feinden und Ursachen zu reagieren; „Heimat“ zurückzugewinnen und als einen Raum des Schutzes gegenüber unkontrollierten, bedrohlichen internationalen Zwängen und Verfremdungen einzurichten.

Die Feindseligkeit gegenüber Ausländern an sich ist weniger Ausdruck rassistischer Einstellungen als vielmehr des Eindrucks, im Vergleich mit Aussiedlern, Ausländern und Asylanten die Verteilungungerechtigkeit und mangelnde Fürsorgepflicht des Systems zu erfahren. Angesichts der objektiven Manifestation der politisch-ökonomischen Krisenfelder, verstärkt durch die grundsätzliche Philosophie für die leistungs- und verzinsungsorientierte Angebotsökonomie und der sozialen Entstaatlichung, begünstigt das Erscheinungs-

---

<sup>25</sup> Dies ist durchgängiger Befund der SINTJS-Untersuchung (vgl. Anm. 11).

bild neokonservativer Politik die Verdichtung rechter Deutungsmuster bis hin zur schließlichen Manifestation in Form der Wahl rechter Kleinparteien.

Da es Teil der neokonservativen Leistungsphilosophie ist, über Reichtum zu reden, Reichtum zu zeigen, mit teurer Architektur und Kultur zu werben, wird die Kluft zwischen Reichtum und Armut sichtbar.

Entgegen Thorstein Veblens Warnung vor „demonstrativem Konsum“ werden gerade Konsumgüter und -stile zu Statussymbolen und Zeichen, die nach Öffentlichkeit drängen. Die Disparitäten werden somit erkennbar und erfahrbar als ein ungerechter Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Reichtum und individueller Isolierung von diesen Möglichkeiten, zwischen der aufwendigen Zentrumsgestaltung und der Lieblosigkeit gegenüber der Peripherie. Es gehört zum Arsenal rechter Deutungsmuster, diese Widersprüche politisch anzuklagen, ihre Einebnung politisch einzufordern sowie individuelles Verhalten und sozioökonomische Strukturen aus der Verursachungsdiskussion auszuschließen.

Dem objektiven oder subjektiv angenommenen Problemdruck widerspricht der politische Output, und anders als die Alternativen ziehen sich die Anhänger rechter Deutungsmuster nicht in den Aufbau kultureller, sexueller und/oder ökonomisch-selbstverwalteter Gegenwelten zurück. Sie wollen ihre Isolierung überwinden, indem sie staatsbezogene Politik betreiben. Die sichtbare herrschende Politik und auch das Auftreten der Parteien in den Repräsentativgremien/-institutionen widerspricht diesem Politikverständnis. Skandale, öffentlich breit dokumentierte Zielkonflikte und Entscheidungslosigkeiten, Korruptionsfälle, Widersprüche zwischen öffentlichen Tugenden und privatem Egoismus, zwischen Gemeinwohlverpflichtung und Macht- sowie Pfündenerhalt verstärken die Einstellung der relativen Deprivation und der politischen Entfremdung, führen zur Legitimation eines politischen Rigorismus und Moralismus.

Insofern die herrschende Politik faktisch als eine große Koalition wahrgenommen wird, insofern man selbst die „GRÜNEN“ als integriert und zudem noch als Ausdruck einer verabscheuenswerten überfremdeten Lebenswelt betrachtet, bleibt nichts anderes übrig, als den letzten Schritt zu tun: es ist dies die Entscheidung zur Wahl einer von der herrschenden Öffentlichkeit und politischen Hygiene stigmatisierten Parteirichtung, ja - in kleinerem Ausmaß - sogar die Übernahme einer Mitgliedsrolle, um für die als gerecht empfundene Sache einzutreten. (Viel mehr Bürger wählen übrigens einen anderen letzten Schritt und gehen gar nicht zur Wahl.)

Die Wahl der rechten Kleinparteien resultiert aus der Entscheidung, lebensweltliche Erfahrungen und Betroffenheit gegen systemische Sachzwänge zu stellen und gleichzeitig an der Vorstellung des politisch veränderbaren Systems festzuhalten. Insofern schillert diese Wahlentscheidung zwischen Elementen einer sozialen Bewegung und einer traditionellen staatspolitischen Partei.

### Was tun? Anmerkungen wider die Glaubwürdigkeitslücke

Durch Entschlüsseln und Übersetzen der rechten Magie und Mythen in Interessen, das heißt durch eigene Themensetzung ist besonders die SPD aufgerufen, ihre Statik in Dynamik überzuleiten und Kompetenz als Partei sozialer Gerechtigkeit und sozialen Friedens zu gewinnen. In diesem Sinn könnten sich die Wahlerfolge der kleinen Rechtsparteien als List der Vernunft auswirken, noch aber gilt, was Franz Steinkühler feststellt: „Es muß nachdenklich stimmen, daß nicht die SPD, sondern Rechtskräfte die von sozialer Not bedrohten Protestwähler für sich mobilisieren können.“

Dabei sollte die SPD nicht den Fehler der CDU begehen, die Rechtswähler direkt anzusprechen. Wenn deren materielle Probleme (Wohnungen, Arbeitsplatzsicherheit, Qualifikation) angegangen werden, wenn deren sozialpsychologischer Unsicherheit Rechnung getragen wird (Sozialstaatlichkeit, Bildungspolitik, Dezentralisierung in Großstädten), dann kann die SPD darauf setzen, daß Teile dieser Wähler und der Nichtwähler *mittelbar* zurückgewonnen werden. Es kommt darauf an, ein klares Image als Partei des sozialen Fortschritts zu entwickeln.